

Städt. Buchhandlung
Laschke, Dresden

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 3721 und 4598. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13893. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4598

Insertenpreise: Die 7spaltige Kolonelspalte oder deren Raum 1.80 Mk., bei Platzvorschrift 2.00 Mk.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelspalte 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Abstimmung in Oberschlesien.

Breslau, 21. März. Die Hauptgeschäftsführung der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier teilt mit: Die Wahlbeteiligung war nach allen eingelaufenen Berichten überaus groß. Die größten Wahlbeteiligungen aller Reichstags- und Landtagewahlen sind weitaus überschritten. Soweit wir die Lage übersehen können, ist durchweg 100 Prozent Wahlbeteiligung. Beste Zuversicht auf deutscher Seite. Polnischer Terror tritt bisher nicht in Erscheinung. In Myslowitz und längs der polnischen Grenze im Kreise Kattowitz ist alles ruhig verlaufen. Aus Lublitz wird gemeldet, daß dort polnische Sokolisten vergebens versuchten, Wahllokale zu stürmen.

Berlin, 21. März. Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier geben auf Grund der Zusammenfassung der Ergebnisse durch die Ortsgruppenleiter folgendes vorläufige Gesamtergebnis: Kattowitz, Kreis (Stadt und Land): deutsch 72 831, polnisch 66 187; Stadt Königshütte: deutsch 31 848, polnisch 10 703; Beuthen, Kreis (Gesamtergebnis): deutsch 59 232, polnisch 62 040; Hindenburg (Gesamtergebnis): deutsch 38 678, polnisch 31 623; Stadt Tarnowitz (Gesamtergebnis): deutsch 8083, polnisch 3738. Geringe Einzelergebnisse stehen noch aus, die jedoch an dem Gesamtergebnis nicht viel ändern werden.

III. Breslau, 21. März. Nach den bisherigen Meldungen liegen folgende Abstimmungsergebnisse vor: Kattowitz-Stadt 75 Prozent deutsch, Kattowitz-Land 80 Prozent deutsch, Lublitz-Stadt 82 Prozent deutsch, Hindenburg 60 Prozent deutsch, Zabrze 58 Prozent deutsch, Kreuzburg 92 Prozent deutsch, Bismarckhütte 66 Prozent deutsch, Rosenberg 87 Prozent deutsch, Oppeln 20 000 deutsche und 1100 polnische Stimmen, Tarnowitz 85 Prozent deutsch, Beuthen 87 Prozent deutsch, Königshütte 32 000 deutsche und 10 851 polnische Stimmen, Chorzow 82 Prozent deutsch, Myslowitz 5683 deutsche und 4041 polnische Stimmen, Kattowitz 92 Prozent deutsch. In den Städten Pleß und Rybnitz ist das Wahlergebnis nach den bisher vorliegenden Meldungen gut für Deutschland, ebenso ist in den Landkreisen Pleß und Rybnitz die Siestaüberwält sehr stark. Die Stimmung ist im großen und ganzen zuversichtlich. Das Abstimmungsergebnis aus der Stadt Kattowitz beträgt 92 Prozent deutsche Stimmen und im Landkreis Kattowitz 72 Prozent deutsche Stimmen.

Nach einem guben Telegramm aus Breslau von morgens 2 Uhr 30 Min. haben gestimmt in Oppeln 84 Prozent deutsch, Beuthen 78 Prozent deutsch, Königshütte 70 Prozent deutsch, Kreis Kreuzburg 95 Prozent deutsch, Kattowitz-Stadt 93 Prozent deutsch, Kattowitz-Land 75 Prozent deutsch, Kattowitz-Stadt 90 Prozent deutsch, Kattowitz-Land 40 Prozent deutsch, Bogusitz 40 Prozent deutsch, Stadt Rosenberg 90 Prozent deutsch, Gleiwitz 80 Prozent deutsch, Lublitz 82 Prozent deutsch, Zabrze 58 Prozent deutsch, Bismarckhütte 65 Prozent deutsch.

Zu diesen Meldungen ist zu bemerken, daß es alles Resultate aus Städten sind, die niemals als gefährdet angesehen wurden. Dagegen fehlen alle Resultate aus den beiden Kreisen Pleß und Rybnitz und aus den von der polnischen Bevölkerung durchsetzten Landkreisen.

Ein vorläufiges Gesamtergebnis.

Kattowitz, 21. März. (W.V.) Vom deutschen Plebiszit-Kommissariat wird bekanntgegeben: Die Abstimmungsergebnisse von Pleß und Rybnitz sind noch ungewiß, doch ist in beiden Kreisen eine polnische Mehrheit zu erwarten. Ohne Pleß und Rybnitz ergibt sich eine deutsche Mehrheit von rund 63 Prozent. Bisher sind 671 700 deutsche und 389 300 polnische Stimmen abgegeben worden.

Die Depesche besagt weiter: Das Plebiszit-Kommissariat für Deutschland gibt bekannt: Trotz des ungeheuren polnischen Terrors, der im Gebiet östlich der Oder ohne wirksame Gegenmaßnahmen der internationalen Kommission geherrscht hat, ist im Industriegebiet eine sichere, im Gebiet westlich der Oder eine überwiegende deutsche Mehrheit erreicht worden. Die Städte Myslowitz, Kattowitz, Königshütte, Beuthen, Gleiwitz, Tarnowitz, Rosenberg, Rybnitz und Kreuzburg haben bis 80 Prozent deutsche Stimmen erreicht. Die Industrie-Landgemeinden Laurahütte, Siemianowitz, Schwientochowitz, Bismarckhütte und Hindenburg haben die erwartete Mehrheit überschritten.

Eine letzte Meldung.

Eine letzte Meldung des deutschen Plebiszit-Kommissariats besagt: Nach den bisher hier vorliegenden Meldungen stellt sich das Abstimmungsergebnis einschließlich der Kreise Rybnitz und Pleß auf rund 700 000 deutsche und rund 469 000 polnische Stimmen. Eine Anzahl Wahlorte sind noch nicht gemeldet, dürften aber am Gesamtergebnis nicht viel ändern.

Sidungen im Kreise Rybnitz.

III. Breslau, 21. März. In dem Kreise Rybnitz fanden in einzelnen Orten Kämpfe zwischen Polen und Italienern statt. Die Italiener haben die Wahlurnen in den strittigen Bezirken beschlagnahmt. In Lublitz sind die Sokolvereine, die die Wahlurnen zertrümmern sollten, von den englischen Truppen vertrieben worden.

Reichskonferenz der USP.

Die Reichskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratie trat gestern im Reichstagsgebäude zusammen. Die Konferenz ist sehr stark besucht, es sind etwa 170 Abgeordnete und Vertreter der Bezirke und der Presse anwesend. Zur Leitung der Konferenz wurden Crispien und Ledebour bestimmt. Die Konferenz nahm zunächst das Referat Silberding's über die politische Situation und den Bericht Crispien's über die internationale Arbeitgemeinschaft entgegen. Am Nachmittag erbat die USP ein Referat über Organisationsfragen. An die Referate schlossen sich längere Aussprachen an. Wir werden über die Verhandlungen noch ausführlich berichten.

Unterzeichnung des russisch-polnischen Friedensvertrages.

O. E. Riga, 19. März. Der russisch-polnische Friedensvertrag ist Freitag, 19. März abends, unterzeichnet worden. Der Austausch der Ratifikationsurkunden hat binnen 45 Tagen in Riga zu erfolgen. Die Goldfrage ist nach dem Vorschlage Joffes geregelt worden. Rußland zahlt nur 30 Millionen Goldrubel an Polen als Anteil am russischen Goldschatz im Laufe eines Jahres nach Ratifikation des Vertrages. In dessen erklärt der Korrespondent des Ost-Express aus sicherer Quelle, daß gleichzeitig ein geheimes Sondervertrage abgeschlossen worden ist, wonach Polen lediglich 5 Millionen Goldrubel in bar, den Rest jedoch aus dem russischen Guthaben in Amerika erhalten soll, dessen Freigabe Polen erwirken soll. Erst in einer erregten Nachsitze auf Freitag erreichte die Sowjetdelegation, unter Androhung, die Verhandlungen bis zur nächsten Woche zu verlängern, die polnische Zustimmung zu einer nachträglichen Änderung des Artikels 2, durch die Weichsel eine Verflechtung erfährt und eine unmittelbare deutsch-polnische Grenze geschaffen wird.

Annahme der Verfassung im polnischen Parlament.

Warschau, 19. März. (D. C.) Die polnische Verfassung ist am 17. März, 5 Uhr nachmittags, im Sejm in dritter Lesung angenommen worden, nachdem die eingeleiteten Kompromißverhandlungen die Linie veranlaßt hatten, von ihrer Obstruktion Abstand zu nehmen. Das Zweikammergesetz ist, wie zu erwarten war, beibehalten worden, dagegen haben die Rechten verschiedene Zugeständnisse machen und vor allem einwilligen müssen, daß die Möglichkeit einer Revision der Verfassung erleichtert wurde. Der sozialistische Robotnik kritisiert scharf die Verfassung, heißt aber fest, daß es den Linksparteien gelungen sei, der Reaktion und den Klerikalen einige Positionen abzurufen. Das Wort taubelt an der Verfassung das völlige Fehlen eines Referendums, einer Sicherung der demokratischen Kommunalverfassungen, die ungenügende Garantie der Bürgerrechte, die Einführung der Staatskirche und den Mangel sozialer Weisheit.

Die letzten Kämpfe um Kronstadt.

Selkwalors, 19. März. Die ersten sowjetamtlichen Meldungen über die angeblich am Morgen des 17. März erfolgte Einnahme Kronstadts waren den Ereignissen vorausgesetzt. Nachdem zuvor eine Anzahl vorgelagerter Forts von den Bolschewiken genommen worden waren, ist um die Festung selbst tatsächlich noch bis zum Morgen des 18. gekämpft worden. Der 17. März war vom frühen Morgen bis zum späten Nachmittag von den Kämpfen um die Außenforts erfüllt. Erst um 6 Uhr nachmittags begann der Angriff auf Kronstadt selbst. Nach vielen vergeblichen Angriffen wurde die Festung nachts von den Sowjettruppen erobert. Die Straßenkämpfe dauerten noch bis zum Morgen des 18. März an. Tagsüber wurden dann die vor Kronstadt liegenden Kreuzer „Sewastopol“ und „Petropawlowsk“ beschossen. Das Feuer wurde erst um 4 Uhr nachmittags des 18. März eingestellt. Der Angriff der Sowjettruppen ist im Rücken der Festung erfolgt, die für die Verteidigung der Westseite eingerichtet ist. Die Hauptforts waren daher kaum in der Lage, bei der Abwehr des Angriffs von der Landseite wirksam einzugreifen. Die Besetzung Kronstadts konnte von den Bolschewiken dennoch nur unter schweren Opfern erkauft werden. An den Kämpfen haben unzählige tausende Kommunisten teilgenommen. Die Zahl der nach Finnland entkommenen Teile der Kronstadter Garnison erreicht mehrere Tausend Mann. Unter ihnen befindet sich der Vorsitzende des Revolutions-Komitees Petrichenko. Der ebenfalls geflüchtete General Roslawski erklärt den Fall Kronstadts durch die Ermüdung der Garnison infolge der schlechten Ernährung und der Erschöpfung durch den ohne Ablosung geleisteten Nachdienst. Die geflüchteten Matrosen äußern bittere Enttäuschung über die ausgebliebene Unterstützung Petersburgs, meinen aber, daß die Sache an Kronstadt die Petersburger Arbeiterschaft aufrütteln werde.

Kongreß der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands.

Um die Osterzeit findet in Southport bei Liverpool ein Parteikongreß der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands statt. Das Zentralkomitee der USPD hat dazu den Genossen Ledebour delegiert. Es kommt für uns darauf an, gerade in dieser kritischen Zeit die Beziehungen zu den gesinnungsgewandten sozialistischen Parteien des Auslandes fruchtbringend auszubauen.

Die Griechen rüsten zur Offensive.

DA Konstantinopel, 19. März. Das Gerücht von einer nahe bevorstehenden griechischen Offensive in der Gegend von Smyrna scheint sich zu bestätigen. Große Truppenbewegungen sind bereits gemeldet. Die Lage scheint im Smyrna-Gebiet recht kritisch zu sein, jedoch die Griechen sich voran zu setzen haben, zahlreiche Verbände in Bursa voranzumarschieren. Der Wall und die vornehmsten türkischen Beamten wurden deportiert.

London, Moskau und Angora.

Von Otto Jensen.

Der Vertrag von Sevres hat die Türkei im wesentlichen auf Kleinasien—Konstantinopel beschränkt. Den Griechen hatte man, ihren alten Ausdehnungsbestrebungen willfährig, unter allerhand Klauseln die wirkliche Herrschaft über den wichtigen kleinasiatischen Hafen Smyrna zugesprochen. Diese Gegend ist vielfach von Griechen bewohnt und man wollte sich dem ententefreundlichen Diktator Venizelos dankbar erweisen. Jetzt ist als Reaktion der griechischen Volksmasse gegen die Diktatur und militärische Belastung König Konstantin zurückgekehrt. Frankreich möchte nun das Versprochene zurücknehmen und auch Italien fürchtet die Konkurrenz eines vergrößerten Griechenlands, zumal die italienischen Imperialisten in Kleinasien von jeher auch ein Betätigungsgebiet sahen. Andererseits will Frankreich sein altes Monopol auf Syrien ungenügend aufgeben, obgleich das Protektorat über die syrischen Christen nichts ist im Vergleich zum wachsenden englischen Einfluß. Auch hat die revolutionäre Bewegung der christlichen syrischen Araber sein Bestehen für französische Bevormundung, wie die zahlreichen bewaffneten Zusammenstöße beweisen. Andererseits hat die für Frankreich ungünstige Abgrenzung von Palästina und Syrien bei den empfindlichen Chauvinisten in Paris sehr verhasst, allerdings weit mehr, daß das Erdölgebiet von Mosul unter englischen Einfluß gefallen ist. Auch der Plan des Königreichs Bagdad unter Emir Faisal, einem alten Franzosenfeind, fand in Paris wenig Beifall. Dazu kommt, daß Kemal in Angora herrscht und daß auch Frankreich mit ihm rechnen muß. Daher die verschiedene Verwertung der Truppen Kemals durch Griechen und Franzosen. Die Griechen prahlen von einer dreimonatigen Expedition nach Angora, während die Franzosen sicher mit mehr Recht den Kampfwert der türkisch-nationalistischen Truppen betonen. Frankreich möchte eben Griechenland das Recht auf Smyrna wieder rauben und es wäre auch geneigt, anderen Forderungen von Konstantinopel und Angora nachzugeben. Interessant ist, daß die Türken, in der Erkenntnis, daß das alte Sultanat nicht zu halten ist, jetzt die Entente mit ihren eigenen geistigen Waffen bekämpfen, indem sie das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ proklamieren. Sie verlangen Selbständigkeit der von türkischer Mehrheit bewohnten Gebiete, also besonders für Anatolien, und sie verlangen, eine Groteske für jeden Asienkenner, Volksabstimmung in den gemischt-sprachlichen Gebieten. Dabei ist die Völkermischung, die durch die Verschiedenheit der Bekenntnisse noch komplizierter wird, und der Kulturzustand der Bewohner Vorderasiens ein derartig mittelalterliches, daß an eine solche Abstimmung nicht zu denken ist. Lebensfähig dürfte dann das meiste Gold den Ausschlag geben, wie es ja auch anderswo vorkommen soll.

Zu alledem gesellt sich noch der Streit um Konstantinopel, das zu einer türkischen Hauptstadt mit einem Schattensultan durch den Vertrag von Sevres gemacht wird. Das wichtige Hinterland Thrazien soll unter eine unumgängliche internationale Verwaltung gebracht werden, während die Türken Selbstverwaltung beanspruchen und auch Bulgarien Ansprüche anmeldet. Die Freiheit der Meerengen, die einst Bismarck den Hauschüssel von Europa nannte, bildet einen weiteren Streitpunkt. Die Bedeutung Konstantinopels als Operationsbasis gegen Sowjetrußland ist dabei zu berücksichtigen, so daß England sich den maßgebenden Einfluß zu sichern sucht. Es ist also der alte Rattenkönig von Gegenständen und Intrigen, wenn auch in neuer Auflage. Deutschland fehlt, aber es bleiben der Streitpunkte genug. Die Kosten haben natürlich die ausgebeuteten Massen des verarmten nahen Orients zu tragen, deren Schicksal in Wahrheit auf dem großen sozialen Schlachtfeld Westeuropas und Nordamerikas entschieden wird. Doch auch diese Massen beginnen, und das ist der Fortschritt, eine selbständige Rolle in dem Prozeß der sozialen Revolution unserer Tage zu spielen.

III.

Nach den folgenschweren Verhandlungen über die deutsche Wiedergutmachungsfrage ist nun wieder die Orientkonferenz fortgesetzt worden und anscheinend zu einem vorläufigen Ergebnis gekommen. Sicher ist inzwischen hinter den Kulissen gehandelt worden, um einen Abschluß herbeizuführen. Die Leidtragenden sind dabei die Griechen, die durch ihre zu hoch gespannten Forderungen sich nur selbst geschadet haben, indem sie die Entsendung einer Untersuchungskommission nach Smyrna ablehnten. Soweit sich nun aus den vorliegenden Meldungen schließen läßt, ist das Ergebnis etwa folgendes: Zunächst wird der Friedenszustand hergestellt durch dauernde Einstellung der Feindseligkeiten und allmähliche Räumung der besetzten Gebiete. Auch in der Frage von Konstantinopel, das nominell die Hauptstadt der Türkei bleibt, sind den Türken einige Scheinzugeständnisse gemacht. Die Alliierten haben es doch in der Hand, jederzeit Konstantinopel und die Meerenge zu kontrollieren und gegebenenfalls militärisch zu besetzen. Wichtig sind die Zugeständ-